

## DR. REINER GEULEN

### Presseerklärung

30. August 2001

### Strahlenopfer der Bundeswehr

In Vertretung der Strahlenopfer der Bundeswehr teilen wir Folgendes mit:

1. Nach umfassenden, acht Monate dauernden Ermittlungen, die wir im Auftrag des Bundes zur Unterstützung Radargeschädigter e. V. mit Unterstützung von Medicine Worldwide vorgenommen haben, haben wir nunmehr einen (vorläufigen) abschließenden "Bericht über die Verstrahlung von Soldaten und Technikern der Bundeswehr durch militärische Radargeräte" erstellt und diesen heute dem Bundesminister der Verteidigung überreicht.

Das Ergebnis der Ermittlungen ist erschreckend. Uns haben nunmehr 540 strahlengeschädigte Soldaten (Radartechniker) beauftragt, ihre Rechte gegenüber der Bundeswehr zu vertreten. Alle 540 Mandanten sind schwer erkrankt, und zwar 439 an karzinogenen Erkrankungen. Von diesen 439 sind inzwischen 141 verstorben. Das durchschnittliche Sterbealter dieser Soldaten beträgt ca. 43 Jahre.

Darüber hinaus vertreten wir die Rechte mehrerer Kinder mit schweren genetischen Schäden und Missbildungen; es handelt sich um Kinder strahlengeschädigter Soldaten (Radartechniker), die ihrerseits infolge der Verstrahlung selbst schwer erkrankt sind.

Wir haben dem Bundesverteidigungsministerium ferner sämtliche von uns ermittelten Unterlagen für alle 540 Mandanten überreicht. Es handelt sich in jedem einzelnen Fall insbesondere um eine exakte Beschreibung der Arbeitstätigkeit und der Arbeitszeit an den strahlenden Geräten sowie um eine Auswertung und Dokumentation der Krankenakten der Mandanten.

2. Wir hatten bereits vor über zwei Monaten (am 21. Juni 2001) dem Verteidigungsministerium die Vertretung in 133 Fällen angezeigt. Der Verteidigungsminister hatte in der Öffentlichkeit erklärt, dass er die schwer erkrankten Opfer bzw. die Hinterbliebenen der Verstorbenen großzügig, generös, unbürokratisch und beschleunigt entschädigen werde. Die Wahrheit ist, dass seither nichts geschehen ist.

Auf unser Schreiben vom 21. Juni 2001 hat das Verteidigungsministerium zunächst mitgeteilt, dass es für mehr als die Hälfte der Betroffenen keine ergänzenden Informationen oder Unterlagen mehr benötigt; es handelt sich um besonders schwere Fälle teilweise mit fortgeschrittenen Karzinomen. Trotzdem ist der Verteidigungsminister untätig geblieben. Kein weiterer Soldat ist als wehrdienstbeschädigt anerkannt worden; insbesondere ist bisher keine Entschädigung gezahlt worden. Es gibt nicht einmal eine definitive Erklärung des Verteidigungsministers dazu, dass Entschädigungen überhaupt gezahlt werden. Es gibt bisher trotz unserer Aufforderung auch weiterhin keine Bereitschaft zu Gesprächen und Verhandlungen.

Ich habe mitzuteilen, dass in letzter Zeit weitere 4 unserer Mandanten verstorben sind; bei einer Vielzahl der schwer karzinogen erkrankten Mandanten hat sich der Zustand weiter verschlechtert.

3. In Hinblick darauf, dass wir dem Verteidigungsministerium nunmehr nochmals über 400 neue Mandante angezeigt und die entsprechenden Unterlagen vorgelegt und dokumentiert haben, haben wir nunmehr eine abschließende Frist bis zum 28. September 2001 gesetzt, über die Anerkennung der Wehrdienstbeschädigung sowie die Zahlung des geltend gemachten Schmerzensgeldes zu entscheiden.

Wir haben jedoch kein Verständnis dafür, dass in den vom Bundesverteidigungsministerium bereits als unstreitig anerkannten Fällen weiterhin keine Rentenzahlungen erfolgen und insbesondere die grundsätzlich zugesagte Schmerzensgeldzahlung (Entschädigung) trotz der schweren Krankheiten unserer Mandanten nicht geleistet wurde.

Wir sind darauf vorbereitet, unmittelbar nach Ablauf der Frist gegen das Verteidigungsministerium für die Mandanten Klage zu erheben.

4. Es haben sich inzwischen in mehreren weiteren NATO-Staaten Selbsthilfegruppen von Radargeschädigten

gebildet. Betroffene und Gruppen aus Griechenland, Holland und Italien haben uns gebeten, ihre Rechte gegenüber den Herstellern der Radargeräte zu vertreten.

Unabhängig von den bevorstehenden Klageverfahren in der Bundesrepublik gegen das Verteidigungsministerium bereiten wir gegenwärtig intensiv mit zwei renommierten Kanzleien in den USA Klagen gegen die Herstellerfirmen auf Zahlung von Schmerzensgeld vor. In diesen Klagen vor amerikanischen Gerichten werden wir außer den deutschen Soldaten auch die betroffenen und erkrankten Soldaten und Radartechniker aus den weiteren NATO-Staaten vertreten.

gez. Dr. Reiner Geulen  
(Rechtsanwalt)

 Fenster schließen